

Jörg Mittelsten Scheid

DIE VERBLASSENDE DEMOKRATIE

Jörg Mittelsten Scheid

DIE VERBLASSENDE DEMOKRATIE

Essays



Frankfurter
Allgemeine
Buch

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



**Frankfurter
Allgemeine
Buch**

© Fazit Communication GmbH
Frankfurter Allgemeine Buch
Pariser Straße 1
60486 Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Nina Hegemann
Umschlagbild: © Adobe Stock/HeicreativeStudio (Vorderseite), Adobe Stock/misu (Rückseite)
Satz: Melanie Jungels, TYPOREICH – Layout- und Satzwerkstatt
Druck: CPI Books GmbH, Leck
Printed in Germany

1. Auflage
© Frankfurt am Main 2024
ISBN: 978-3-96251-193-7
Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, vorbehalten.

Frankfurter Allgemeine Buch hat sich zu einer nachhaltigen
Buchproduktion verpflichtet und erwirbt gemeinsam mit den
Lieferanten Emissionsminderungszertifikate zur Kompensation
des CO₂-Ausstoßes.



INHALT

Geleitwort	7
Vorwort	11
<hr/>	
DIE VERBLASSENDE DEMOKRATIE (2020)	13
<hr/>	
DEMOKRATIE UND EGOISMUS (2021)	41
<hr/>	
DEMOKRATIE UND ELITEN (2021/2022)	55
<hr/>	
MEINUNGSFREIHEIT (2022)	65
<hr/>	
ZEITSTRÖME, WO STEHEN WIR HEUTE? (2022)	81
<hr/>	
Anhang	119
Der Autor	127

GELEITWORT

Intellektuelle Anregung ist den Leserinnen und Lesern des vorliegenden Bändchens sicher. Doch schnell wird auch klar, dass es dem Autor um mehr geht als nur einen gekonnten Rekurs auf überlieferte Einsichten der politischen Philosophie und Staatslehre. In unaufdringlicher wie eindrücklicher Art und Weise werden die Leserinnen und Leser dafür sensibilisiert, dass in unserer heutigen Gesellschaft manches zu verblassen droht, was doch nach aller Erfahrung für das Funktionieren von Gemeinwesen unabdingbar erscheint; dass Werte erodieren, die sich der moderne Mensch über lange Lernprozesse hinweg, in schmerzhaften Auseinandersetzungen bis hin zu Revolutionen erobert hat.

Dazu zählen zuallererst die Errungenschaften eines demokratischen Miteinanders. Wobei uns alle fünf Texte auf je eigene Art daran erinnern, dass Demokratie nicht gleich Demokratie ist. Den Leserinnen und Lesern wird nahege-

legt, eine Staatsform nicht als Selbstzweck zu verstehen, sondern als komplexes Regelkonstrukt, das sich immer wieder seiner höchsten Ziele zu vergewissern hat und im Wandel der Zeit ständiger Pflege bedarf. Der wesentliche Zweck demokratisch ausgehandelter Gesellschaftsverträge ist es, Rahmenbedingungen des Zusammenlebens zu garantieren, innerhalb derer jede und jeder Einzelne ihre Anlagen in Freiheit und Würde zum Bestmöglichen entfalten können. Dabei ist individuelles Wohlergehen stets auf das Engste mit dem Weh und Ach der anderen Mitglieder des Gemeinwesens verknüpft. Gesellschaftliche Spielregeln müssen sich deswegen vor allem da bewähren, wo sie das Aufeinandertreffen individueller und kollektiver Interessen organisieren.

Nachdrücklich zeigt der Autor, wie vielfältig Dimensionen und Ausprägungen von Freiheit daherkommen und welche Fehlentwicklungen heutigen Tags zu beobachten sind. Dazu gehört etwa die vielerorts besorgniserregend zunehmende Einschränkung von Meinungsfreiheit – nicht nur in Ländern wie Russland, der Türkei oder Ungarn, sondern in Ansätzen durchaus auch hierzulande: beispielsweise wenn vorgeschrieben wird, was politisch korrekt gesagt werden darf und was nicht; wenn an Hochschulen Meinungen unterdrückt werden, weil sie nicht ins Weltbild einiger ihrer Mitglieder passen; oder wenn der vermeintliche Schutz von Minderheiten zur Unterdrückung der Mehrheit missbraucht wird. Gut auch, dass daran erinnert wird, wie in einer Gesellschaft aus dem fortwährenden Wettbewerb der Ideen neue Lösungen entstehen; wie das Aushalten strittiger

Debatten junge Menschen lehrt, zu mündigen Mitgestalterinnen und Mitgestaltern unserer so komplex-dynamischen Welt zu werden; und weshalb insofern leistungsfördernde Konkurrenz bis zu einem gewissen Grad Grundvoraussetzung für eine zukunftsfähige Demokratie ist.

Und schließlich wird uns gewinnbringend vor Augen geführt, dass viele der für eine lebenswerte Gemeinschaft essenziellen Werte in ihrer Umsetzung immer wieder des Austarierens bedürfen: Da ist die ermöglichte Freiheit von Einzelnen, die den Nächsten einen ebenso konstruktiven Freiraum belassen muss. Dort geht es um die notwendige Pluralität von Ansichten und Lebensformen, die doch nur so weit gehen kann, dass eine Gesellschaft nicht auseinanderfällt und sich so in ihrer Entwicklung selbst blockiert. Und an wieder anderer Stelle fordert uns das Thema Partizipation: Einerseits dahingehend, dass Mitgestaltung im Sinne der Wahrnehmung von Verantwortung gerade auch für die Privilegierten unter uns unerlässlich ist; andererseits mit Blick darauf, dass es immer wieder des Machtausgleichs bedarf, um das Postulat einer ermöglichenen Freiheit tatsächlich für alle Mitglieder der Gesellschaft zu sichern.

Was dieses Büchlein so wertvoll macht, ist nicht zuletzt, dass der Autor selbst über Jahrzehnte hinweg an vielen Stellen in der Gesellschaft Verantwortung übernommen hat. Zugleich war der promovierte Völkerrechtler Dr. Jörg Mittelsten Scheid stets feinsinniger Beobachter gesellschaftlichen Wandels. Niedergelegt in seinen Schriften, hat er Entwicklungen bereits zu Zeiten erspürt, da sie noch lange

nicht so offenkundig waren wie mittlerweile. Wenn er sich insofern wachsende Sorgen macht, dass Errungenschaften über Bord zu gehen drohen, die Deutschland nach dem Krieg über Jahrzehnte hinweg stark und widerstandsfähig sein ließen, dann darf dies durchaus als Weckruf verstanden werden. Es scheint höchste Zeit, dass unsere Demokratie sich ihres moralischen Fundaments und der Grundprinzipien ihrer Funktionsfähigkeit neu bewusst wird und entsprechende Konsequenzen zieht.

Prof. Dr. Dr. h.c. Lambert T. Koch
Präsident des Deutschen Hochschulverbandes

VORWORT

Unternehmer – so die landläufige Meinung – haben nie Zeit und sind immer in Eile für ihr Unternehmen unterwegs. Leider stimmt das meistens und traf auch auf mich zu. Dabei stößt man hin und wieder angeregt durch Gespräche, Bücher oder Artikel auf Fragestellungen, denen man gerne nachgehen möchte – aber eben es fehlt die Zeit!

Das ändert sich, wenn man aus der aktiven Tätigkeit ausscheidet und plötzlich Zeit hat. Mir hat sich dabei die Möglichkeit eröffnet, über knapp drei Jahre hinweg mich mit Fragen zu beschäftigen, die jenseits des Wirtschaftlichen liegen und mit der Gesellschaft, in der ich lebe, und den Geistesströmungen, die in ihr stattfinden, zu beschäftigen. Ich hatte früher als Assistent für Staats- und Völkerrecht wissenschaftlich gearbeitet, aber genau dies wollte ich nicht mehr. Ich wollte für Menschen wie mich selbst schreiben, die sich nicht in der Fachsprache der spezifi-

schen Wissenschaft zurechtfinden müssen, sondern in einfachen Worten und nachvollziehbaren Gedankengängen angeregt werden, über die geistigen und gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit nachzudenken.

Vor vier Jahren bewegten die von mir angesprochenen Themen hauptsächlich die Universitäten sowie die geistig künstlerische Welt. „Woke Culture“, Antikolonialismus, Diversität, Inklusion und Gleichstellung etc. waren noch nicht Gegenstand zahlreicher Veröffentlichungen und Diskussionen, nur die Gendersprache erregte auch damals schon eine breitere Öffentlichkeit. Heute ist uns dies alles bewusster geworden. Es wird die Frage gestellt, ob unsere westlichen Eliten nicht in einer Welt der Ideologie gelebt haben und nun versuchen, die Realität wieder zu finden. Es könnte sein, dass diese Phase linken Empfindens und Denkens ihren Höhepunkt erreicht hat und schrittweise hinterfragt wird. Es sind jedenfalls spannende Jahre, die vor uns liegen.

DIE VERBLASSENDE DEMOKRATIE

Vorbemerkung:

„2019 haben erstmals seit fast zwei Jahrzehnten wieder mehr Menschen unter einem autokratischen Regime gelebt als in einer Demokratie ... Selbst liberale Demokratien erodieren“, schreibt das V-Dem Institut der Universität Göteborg.¹ Ich zeige auf, wie die Demokratie sich in unserem Land entwickelt hat und warum sie heute gefährdet erscheint:

Die Entwicklung der modernen Demokratie

Am 28. September 1918 betrat General von Ludendorff das Zimmer seines Chefs Generalfeldmarschall von Hindenburg. Beide Militärs waren sich nach einem kurzen Mei-

nungsaustausch schnell einig, dass die militärische Lage an der Westfront hoffnungslos geworden war und das man dies dem Kaiser sowie der Regierung, d. h. dem Kanzler Bethmann Hollweg, mitteilen müsse. Dies geschah am folgenden Tag mit dem dringenden Hinweis, dass nunmehr die Regierung auf einen Waffenstillstand hindrängen solle. Der Kaiser sowie die Könige von Württemberg und Bayern mussten abdanken.²

Ein halbes Jahr zuvor sah die Lage noch ganz anders aus. Die Russen waren nach der Abdankung des Zaren und einigen militärischen Niederlagen froh, mit den Deutschen Frieden schließen zu können. Dies ermöglichte den Deutschen, die an der Ostfront freiwerdenden Divisionen an die Westfront zu verlegen, was zu einer kurzzeitigen numerischen Überlegenheit der Deutschen führte. Noch im Mai wäre ein ehrenvoller Friede mit den Alliierten ohne Gebietsveränderungen auf beiden Seiten und dem Bleiben des Kaisers möglich gewesen. Die kürzliche deutsche Heeresleitung hatte sich indes völlig falsche Vorstellungen von der Kriegsmacht der Amerikaner gemacht.

Der Ausgang des Krieges ist bekannt. Um was ging es eigentlich bei diesem Ersten Weltkrieg? Vordergründig wollten die Deutschen die führende Hegemonialmacht im Herzen Europas werden, was ihrem Selbstwertgefühl entsprach. Frankreich konnte dies nicht zulassen und suchte nach einer Möglichkeit, auch zukünftig Schutz vor dem deutschen Nachbarn zu haben. Englands Inter-

resse galt den offenen Seewegen und es fühlte sich von dem deutschen intensivierten Flottenbau bedroht. Japan störte sich an den deutschen Besitzungen in China und im Südpazifik. Für den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson allerdings standen vor allem idealistische Ziele im Vordergrund. Sein Wunsch war, dass alle Völker selbstbestimmt und in Frieden miteinander leben und war der Ansicht, dass dies nur unter der Staatsform der Demokratie möglich sei. Ausgehend von diesen Idealen war er maßgeblich an der Gründung des Völkerbundes beteiligt.

Die meisten Historiker sehen den wahren Konflikt des Krieges jedoch zwischen zwei konkurrierenden politischen Gesellschaftsformen: Absolutismus und Demokratie.

Demokratie, also die Herrschaft des Volkes auf der einen Seite und ein autokratischer, absolutistischer Staat andererseits, bei dem die Souveränität nicht vom Volk, sondern allein vom Herrscher ausgeht.

Heute ist es schwer vorstellbar, dass viele gebildete Deutsche sich einen solchen Obrigkeitstaat wünschten. Thomas Mann beschrieb den Gegensatz in seinen „Ideen“ von 1914 „als Kampf zwischen deutscher Kultur und westlicher Zivilisation“³. Scharf stellte er dem Deutschtum als Inbegriff von Kultur und Seele ein Modell von oberflächlicher Zivilisation und Gesellschaft gegenüber. Auch bestand damals in Deutschland die Überzeugung, dass das spezifisch deutsche monarchische konstitutionelle Verfassungssystem allen anderen überlegen sei.

Intellektuelle wie Max Weber, Gustav Schmoller, Otto Hintze, Ernst Troeltsch oder Adolf von Harnack waren von der Überlegenheit des deutschen Sonderwegs überzeugt. Sie sahen eine effiziente, unbestechliche, pflichtbewusste deutsche Verwaltung als Gegensatz zu einer korruptionsanfälligen französischen Demokratie und einer aristokratischen Cliquenwirtschaft des britischen Parlamentarismus, die nur am Geld interessiert sei, wie der Historiker Andreas Rödder schreibt.⁴

Allerdings zeigten die Unruhen in München und Stuttgart, dass das monarchische Prinzip nicht überall mehr fest im Sattel saß und in der Bevölkerung zu verblassen begann.

Deutsche Tugendhaftigkeit und deutscher Heldenmut seien einem vollkommen auf Kommerz und Oberflächlichkeit ausgerichteten englischen Volksgeist überlegen.

Daher sei der Kampf gegen unseren sogenannten Militarismus zugleich ein Kampf gegen unsere Kultur, meinte der deutsche Soziologe Werner Sombart 1915.

Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson erklärte in seiner berühmten Rede vom 2. April 1917, die er zur Begründung seiner Kriegserklärung an Deutschland vor dem Kongress hielt: Das Ziel Amerikas sei, die Prinzipien des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt gegen eine selbstsüchtige und autokratische Macht zu verteidigen. „The world must be made safe for democracy“ – die Welt müsse zu einem sicheren Ort für die Demokratie gemacht werden. Er hatte eine Vision für eine Welt ohne Krieg und Unterdrückung, eine Welt, in der sich Völker frei entschei-

den können, „to choose their way of life“, also ein Recht auf Selbstregierung und Selbstbestimmung.

Engländer und Franzosen sahen dies im Hinblick auf das Vielvölkergemisch in Europa und auf dem Balkan allerdings etwas nüchtern.

Der britische Premierminister Lloyd George hielt am 5. Januar 1918 eine Rede, in der er den militärautokratischen Zustand Deutschlands im 20. Jahrhundert für einen gefährlichen Anachronismus hielt. „Durch die Einführung einer wahrhaft demokratischen Verfassung würde es Deutschland uns viel leichter machen, mit Deutschland einen weitherzigen demokratischen Frieden zu schließen“.

In den Augen der Alliierten war Deutschland zwar technisch und kulturell auf einem hohen Stand, aber die Regierungsform hinkte hinter einer modernen Entwicklung her.

In Kenntnis der amerikanischen idealistischen Überzeugung empfahl die oberste Heeresleitung, Deutschland in eine demokratische Republik einzuführen in der Hoffnung, dass damit dem Gedankengut Präsident Wilsons entsprochen würde und milde Waffenstillstandsbedingungen erreichbar seien. Das sollte sich als Irrtum herausstellen.

Der Sieg der Alliierten bedeutete daher zugleich einen Sieg der modernen Staatsform der Demokratie. Fast alle Länder in Europa, die nicht Monarchien waren, folgten dem amerikanischen Beispiel und führten die Republik ein. Unter Demokratie verstand man damals in erster Linie den Wechsel der Souveränität vom Monarchen auf das Volk und damit verbunden war ein freies Wahlrecht. Die

liberalen Minderheiten und Freiheitsrechte waren zwar beispielsweise in der amerikanischen Verfassung niedergelegt, spielten aber eine untergeordnete Rolle.

Nicht vergessen werden soll, dass es im Ersten Weltkrieg nicht nur um die Gegensätze Absolutismus und Demokratie, sondern ebenso um die von Kapitalismus und Kommunismus ging. Lenin hoffte, dass nach dem Sieg der kommunistischen Diktatur in Russland die Revolution auf Deutschland übergreifen und die deutsche Arbeiterschaft sich dem russischen Beispiel anschließen würde.

Dieser Gedanke scheiterte an den beiden sozialdemokratischen Parteien, deren Sinn für Ordnung und Pflicht sie daran hinderte, sich einer kommunistischen Revolutionsidee zu öffnen. Obwohl oder vielleicht gerade weil die Weimarer Republik durch Straßenkämpfe zwischen Roten und Schwarzen gekennzeichnet war.

Dieser Sieg der Demokratie sollte allerdings von kurzer Dauer sein: Die Einführung der Republik in vielen Ländern bedeutete noch lange nicht, dass auch demokratische Werte und demokratisches Denken sich in den Völkern verbreitet hätten. In Polen eroberte Józef Piłsudski 1926 mit einem Staatsstreich die Macht und regierte bis 1935 diktatorisch. Die Ungarn wollten gern habsburgische Monarchie bleiben, wurden aber von den Westmächten zu einer Republik gezwungen. Die Folge war, dass Admiral Horthy als „Reichsverweser“ an der Stelle eines Habsburger Monarchen ein Regime errichtete, das unter Wahrung konstitu-

tioneller Formen die alte halbfeudale Ordnung wieder aufrichtete.^{5, 6} In Bulgarien regierte Aleksandür Stamboliyski von seiner Machtübernahme 1919 an bis zu seinem Tode 1923 wie ein Diktator. Auch in Albanien stellte sich 1925 mit Ahmed Zogu eine autokratische Herrschaft ein. Der türkische Kriegsheld und erste Präsident Mustafa Kemal Atatürk, der die Engländer bei Gallipoli geschlagen und die Griechen aus der Türkei vertrieben hatte, wollte zwar eine freie parlamentarische Demokratie in der Türkei nach westlichem Vorbild errichten und trieb die Trennung von Kirche und Staat voran, aber die Bevölkerung war viel zu rückständig, um demokratische Rechte wahrnehmen zu können. So wurde auch er zum absoluten Herrscher. In Portugal wurde 1926 die Verfassung durch einen Militärputsch beseitigt und 1928 kam António de Oliveira Salazar zunächst als Finanzminister, ab 1932 als Ministerpräsident an die Macht. Auf ähnliche Weise ereignete sich in Spanien ein diktatorisches Regime. Mit Zustimmung des Königs Alfonso XIII. kam 1923 Primo de Rivera als autokratischer Herrscher an die Macht. 1931 wurde zwar die Zweite Spanische Republik gegründet, die aber nach mehreren Jahren der Unruhe 1936 durch das Franco-Regime abgelöst wurde. Zuletzt sei noch Italien genannt, das ab 1923 von dem „Duce“ genannten Benito Mussolini regiert wurde.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass nach dem Ersten Weltkrieg nur die skandinavischen Länder, die Benelux-Staaten, Großbritannien und Frankreich echtes demokratisches Leben (auch in einer Monarchie) im euro-

päischen Raum darstellten. In Deutschland und Österreich war die neue Demokratie noch zu sehr mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg verbunden, um mit Freude aufgenommen zu werden. Das sind sehr wenige Länder, wenn man bedenkt, dass es im Jahre 1900 an die 55 souveräne Staaten gab, die alle keine Demokratien waren.

Von der ursprünglichen Euphorie über den Durchbruch des demokratischen Gedankens ist in Europa wenig übriggeblieben. Vielmehr wuchs der Wunsch, zur alten Ordnung und Gewissheit zurückzukehren. Die Republik blieb als Staatsform rein äußerliches Gebilde. „Man kann die Struktur, die gesellschaftliche Lebensform und die politische Auffassung dieser Völker nur verstehen, wenn man ihren feudalen Ursprung im Auge behält. Formale Demokratien waren entstanden, aber keine Gesinnungsdemokratien. Die politisch ungeübten Menschenmassen, ehemalige Untertanen von Kaisern und Königen in einer hierarchisch gegliederten Gesellschaft, wussten mit ihren neuen staatsbürgerlichen Rechten nichts anzufangen“, schrieb der bekannte schweizerische Historiker Jean Rudolf von Salis.⁷

Von der ursprünglichen Form der Demokratie zur liberalen Demokratie

Die Demokratie, wie sie von den Alliierten propagiert und durchgesetzt wurde, hatte im Frieden weitgehend eine